

Kongress Armut und Gesundheit 2026

Statement zur Pressekonferenz am 16. März 2026 in Henry-Ford-Bau der FU Berlin

Alle einschlägigen Studien, internationale Vergleiche und Programmpapiere stimmen darin überein: die sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen nimmt in Deutschland zu. Auch geschrieben wird darüber viel: der Wissenschaftsrat diagnostiziert ein Wissens-Akzeptanz-Defizit, der von der AOK lancierte Public Health-Index konstatiert, dass Deutschland präventionspolitisch auf fast allen wichtigen Handlungsfeldern hinter den europäischen Ländern weit zurückliegt, die Zahlen des RKI und der akademischen Forschung bestätigen das – und das alles hören und lesen wir seit vielen Jahren.

Zugleich sehen wir bei der Gesetzlichen Krankenversicherung, Kommunen, Landkreisen und Akteuren der Zivilgesellschaft ein konstant hohes Niveau engagierter Arbeit in Projekten der Primärprävention und Gesundheitsförderung.

Dies zeigt: alle Kampagnen und Aktivitäten der Prävention und Gesundheitsförderung sind in der Summe nicht stark genug, um das Wirken jener Kräfte zu kompensieren, die die Ungleichheit befeuern: ungleiche Bildungschancen, wachsende Ungleichheit der Einkommen und noch mehr des Vermögens.

Auch die staatliche Arbeits- und Sozialpolitik ist nicht stark genug, den Trend zu stoppen, zum Teil (zB Kindergrundsicherung, Mindestrenten, ex-Bürgergeld) verstärkt sie ihn noch.

Auf dem nunmehr 31. Kongress Armut und Gesundheit treffen sich jene Kräfte aus Sozialverwaltungen, Sozialversicherungen, Staat und Zivilgesellschaft, die diesen Prozess stoppen, zumindest Gegengewichte setzen wollen.

Sie bestehen darauf, dass ein Durchbruch nur von einer konsequent auf Chancengleichheit ausgerichteten Bildungs-, Arbeits- und Sozialpolitik zu erwarten ist (Health in all Policies).

Sie weisen darauf hin, dass Prävention und Gesundheitsförderung auch im Hinblick auf die Ausgaben nach wie vor den Bereich des Symbolischen kaum überschreitet – die GKV als finanziell wichtigster player gibt pro Jahr knapp 700 Mio € für Leistungen nach §20 SGB V aus, das sind ungefähr 2 Promille der Leistungsausgaben der GKV (alle Zahlen: Präventionsbericht 2025).

Sie kritisieren, dass auch diese Leistungen nicht durchweg zielgerichtet erbracht werden: nur ca. 30% der KiTas und Schulen mit Lebenswelt-Interventionen der GKV liegen in sozialen Brennpunkten, nur ca. 30 % der Zielgruppen sind sozial stark benachteiligt.

Sie bemängeln, dass auch die richtig platzierten Interventionen oft nicht die eigentlich gemeinten Menschen erreichen: das Präventionsdilemma führt dazu, dass – ohne bewusste Gegensteuerung – von den Lebenswelt-Interventionen diejenigen mit den größten Gesundheitsproblemen weniger profitieren als diejenigen, denen es nicht so schlecht geht.

Sie kritisieren, dass für die sogenannte Individualprävention der GKV - also im Wesentlichen Kurse – immer noch mehr Geld ausgegeben wird (ca. 220 Mio €) als für die Lebenswelt-Interventionen (ca. 190 Mio €), obwohl die Prävention mit Kursen die am meisten belasteten Gruppen kaum erreicht.

Sie fordern, dass für öffentlich geförderte Prävention und Gesundheitsförderung eine gemeinsame und verbindliche Zielorientierung und Qualitätssicherung gelten soll, in der auch die direkte Partizipation der Zielgruppen und die Nachhaltigkeit der Wirkungen eine ihrer Bedeutung entsprechende Rolle spielt. Dies setzt eine erhebliche Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes (d.h. der Gesundheitsämter) und des Bundesinstituts für öffentliche Gesundheit (BlöG, früher: BzGA) voraus.

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock initiierte und leitete vom 1977 bis 2012 am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) die Forschungsgruppe Public Health, zugleich in vielfältigen Funktionen der Politikberatung tätig und war 2012 – 2024 ehrenamtlicher Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes- Gesamtverband. Er ist seit 2007 Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit Berlin-Brandenburg. Zur Zeit ist er Mitglied der Enquete-Kommission des Bundestages ‚Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für künftige pandemische Ereignisse‘.

Jüngste Veröffentlichungen:

Thomas Gerlinger/Rolf Rosenbrock: Gesundheitspolitik. Eine systematische Einführung, Hogrefe/Hans Huber Verlag, Bern, 4. Auflage 2024

Rolf Rosenbrock: Selbstgestaltung und soziale Arbeit. Erkenntnisse und Positionen der Wohlfahrtspflege gegen Armut und Opferschelte, VSA Verlag, Hamburg 2026